

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2021

--
Épreuve orale d'ALLEMAND
Sujet n° 1

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Pandemie unterbricht günstige Arbeitsmarktentwicklung für Menschen mit Migrationshintergrund

Andrea König, Tagesschau, 13. Mai 2021

Eine Sprachnachricht auf Farsi¹ tönt gerade aus ihrem Computerlautsprecher. Shamila Hashima hört sich die Schilderung eines afghanischen Flüchtlings an. Der hat sich auf der Facebook-Seite von "Handbook Germany" gemeldet. Er habe nach einem Jahr seinen Job bei einer Transportfirma verloren und versuche seit fünf Monaten, Hilfe von der Arbeitsagentur zu bekommen - bisher vergeblich. Jetzt weiß der alleinerziehende Vater bald nicht mehr, wovon er Miete und Lebensmittel für sich und seine Tochter bezahlen soll.

So wie dem Mann, mit dessen Fragen sie sich gerade beschäftige, ergehe es vielen, sagt Shamila. Dass alles nur noch online gemacht werde und man wegen der Corona-Einschränkungen nicht einfach so zur Arbeitsagentur oder zum Amt gehen könne, sei für viele ein Problem. Auch mit guten Deutschkenntnissen sei es schwierig, die ganzen Formulare richtig auszufüllen.

Hashimi kennt sich aus. Die Afghanin arbeitet seit 2017 bei dem Beratungsprojekt "Handbook Germany" als Redakteurin und Beraterin für Farsi. In Afghanistan hatte sie als Journalistin gearbeitet, bis sie vor acht Jahren aus ihrer Heimat floh und über einige Umwege nach Deutschland kam.

"Wir sind ein digitales Projekt, wir sprechen diejenigen an, die auf Facebook oder sonst wo unterwegs sind," ergänzt Mosjkan Ehrari, die Leiterin des Projektes. "Ganz viele Beratungsstellen sind ja ausgefallen, weil man sich vor Ort nicht mehr treffen konnte. Deshalb sind wir ein ganz wichtiger Anker. Corona hat dafür gesorgt, dass wir ungefähr tausend Anfragen jeden Monat bekommen von Menschen aus unserer Zielgruppe."

"Geflüchtete und Migranten überdurchschnittlich betroffen": So lautet das Fazit einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Beschäftigungssituation. Herbert Brücker, er leitet den Forschungsbereich Migration und Integration, hat mit seinem Team unter anderem die Arbeitsmarktstatistiken des vergangenen Jahres ausgewertet.

So sind besonders im ersten Lockdown ab März 2020 Geflüchtete häufiger entlassen worden als andere Beschäftigte. Ursachen dafür seien oft prekäre oder befristete Arbeitsverhältnisse, kurze Betriebszugehörigkeit oder die Art der Tätigkeit. Dem IAB zufolge lag die Arbeitslosenquote unter Geflüchteten im zweiten Quartal 2020 um acht Prozent höher als im Jahr zuvor. Im Dezember waren es 2,6 Prozent. Im Vergleich dazu stieg die Quote bei Deutschen ohne Migrationshintergrund um ein Prozent. Auch waren Geflüchtete häufiger von Kurzarbeit betroffen und hatten geringere Chancen und Gelegenheiten, ihre Arbeit von zu Hause aus zu erledigen.

Dass die Beschäftigung nach dem Ende des ersten Lockdowns schnell wieder zugenommen habe, sei ein positives Ergebnis der Untersuchung, so Brücker. Und dass viele Unternehmen die negativen Folgen der Pandemie anstatt durch Entlassungen überwiegend durch Kurzarbeit und andere Anpassungen abgefangen haben. Der starke Rückgang der Beschäftigung bei Geflüchteten habe viel damit zu tun, sagt Brücker, dass Integrationskurse sowie Arbeitsmarktmaßnahmen wegen der Corona-Einschränkungen ab- oder unterbrochen worden seien.

¹ Farsi ist eine persische Sprache, die im Iran und Afghanistan gesprochen wird..

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2021

--

Épreuve orale d'ALLEMAND Sujet n° 2

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Wirtschaftshilfen : Pandemie vergrößert Ost-West-Lücke

Von [Cerstin Gammelin](#), 10. März 2021, *Süddeutsche Zeitung*

Der Bund hat alles in allem bislang rund 190 Milliarden Euro an Wirtschaftshilfen gezahlt. Das Geld sei überwiegend in die strukturstarken Wirtschafts- und Industrieregionen im Westen und Süden geflossen, sagte Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) am Mittwoch. Zwar seien die politischen Auswirkungen dieser Pandemie jetzt noch schwer einzuschätzen, sagte Fratzscher, aber "aus ökonomischer Sicht wird die Pandemie die Lücke zwischen Ost und West eher größer machen".

Dass die Lücke in der Pandemie gewachsen ist, hat mehrere Gründe. Einer davon ist in den politischen Entscheidungen von Bund und Ländern zu finden, welche Branchen wegen der nötigen Kontaktbeschränkungen geschlossen werden sollten. "Wir sehen eine klare Spaltung der Wirtschaft", sagte Fratzscher. Die Industrie sei überwiegend offen geblieben und komme vergleichsweise gut durch die Krise. Der Dienstleistungssektor sei dagegen geschlossen worden und die Krisenbilanz entsprechend schlecht.

Die große Industrie sitzt hauptsächlich in Süddeutschland, sie ist in Hessen und Nordrhein-Westfalen verortet. In Ostdeutschland gibt es dagegen einen viel höheren Anteil an kleinen Unternehmen und Dienstleistern. "Es liegt nahe, dass sie stärker von den Restriktionen betroffen sind", sagte Fratzscher. Es gebe dort keinen Mittelstand, Unternehmen mit 2000 und mehr Mitarbeitern. "Deshalb wird wahrscheinlich mittel- und langfristig diese Schere Süd-Nord oder West-Ost weiter aufgehen."

Wie die Ost-West-Schere weiter aufgeht, ist derzeit bei der staatlichen Förderung der Maskenproduktion zu beobachten: Der Bund subventioniert Unternehmen, die ihre Produktion umstellen, um in der Pandemie benötigte Hilfsmittel herzustellen. Dazu gehören etwa Vlies, Masken, Lipide oder Fläschchen. "Aber leider", sagt der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Marco Wanderwitz, "gibt es wenige Anträge aus den neuen Ländern". (...) Was wiederum strukturelle Gründe hat. Denn die großen deutschen Hersteller von Spezialmaschinen, die umstellen können auf Maskenproduktion, sind in Westdeutschland ansässig. Teilweise kooperieren auch lokale Hersteller von Masken und Maschinen miteinander, wenn sie in einer Region sitzen. [...]

Das DIW hat auch untersucht, wer von den Wirtschaftshilfen profitiert: Der Großteil der Gelder ging in die alten Bundesländer. "Im Mai letzten Jahres hatten wir einen Höhepunkt bei der Zahl der Kurzarbeiter mit sieben Millionen, das waren vor allem größere Industrieunternehmen in Süddeutschland. Auch Daimler, die jetzt Mitte Februar Rekordgewinne bekannt gegeben haben", so Fratzscher vom DIW. „Sie haben für die Werksschließungen sehr viel Kurzarbeitergeld bekommen, obwohl die Werksschließungen - wie bei VW - auch ohne Corona nötig gewesen wären. Sie hatten massive Überkapazitäten, bevor die Pandemie überhaupt begonnen hatte". Die deutsche Autobranche hat nach Ansicht von DIW-Chef Fratzscher überdurchschnittlich profitiert. [...]

Dazu habe es noch die befristete Mehrwertsteuersenkung gegeben. (...) DIW-Chef Fratzscher meint, die Mehrwertsteuersenkung habe nur eine moderate Nachfrage geschaffen. „Eher bei sehr teuren Gütern, weil es sich da lohnt, Käufe vorzuziehen". Die dritte Hilfe für die überwiegend im Westen angesiedelte Autoindustrie sei die Kaufprämie für Elektroautos gewesen.

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2021

--

Épreuve orale d'ALLEMAND Sujet n° 3

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Danke, liebe Reiche!

Eine Kolumne von [Alexander Neubacher](#) - 20.02.2021, Der Spiegel

Der Welt fehlt es an Corona-Impfstoff? Da hat Bernd Riexinger eine bewährte¹ Idee: Wir nehmen's von den Reichen. Am Mittwoch postierte sich der Linkenchef vor dem Biontech-Werkstor in Marburg, um den Besitzern des Impfstoffherstellers einzuheizen. »Menschen vor Profite!«, lautete seine Forderung: Biontech solle gefälligst seine Impfstofflizenzen freigeben. Nun würde niemand bestreiten, dass in der Pandemie kreative Lösungen gefragt sind. Wie etwa bei Biontech, allerdings schon lange bevor Riexinger auf der Matte² stand.

Bereits vergangenes Jahr ging die Firma eine Kooperation mit dem amerikanischen Pharmariesen Pfizer ein. Dann kaufte sie die Fertigungsstätte in Marburg, die früher einmal dem schweizerischen Konzern Novartis gehört hatte. Und vermutlich ab Sommer wird auch der französische Hersteller Sanofi mehr als 125 Millionen Impfdosen für Biontech abfüllen. Man kann gewiss davon ausgehen, dass alle Beteiligten dabei auf ihre Kosten kommen. Doch dass Biontechs Eigentümer auf ihrer Geheimrezeptur sitzen und niemandem davon abgeben, lässt sich nun wirklich nicht behaupten.

Für Linke wie Riexinger müsste es eine irritierende Erfahrung sein. Während staatliche Stellen in der Coronakrise reihenweise versagen, Schulserver kollabieren, Gesundheitsämter per Fax kommunizieren, hat sich die profitgetriebene Privatwirtschaft als erstaunlich zuverlässig erwiesen. Die Lieferketten der Wirtschaft sind weitgehend intakt, die Fabriken laufen, die Supermarktregale sind voll. Lidl verkauft FFP2-Masken für weniger als einen Euro. Sogar die Anbieter von Klopapier haben ihr Angebot der gestiegenen Nachfrage blitzschnell angepasst, ohne dass die Linke mit der Vergesellschaftung von Zellulosefabriken drohen musste.

Auch Riexingers Feindbild von den Reichen (»Wir erschießen sie nicht; wir setzen sie schon für nützliche Arbeit ein«) könnte eigentlich Risse bekommen. Ohne Milliardäre gäbe es vermutlich keinen Impfstoff aus Deutschland; ein Glück, dass die Betroffenen noch nicht enteignet wurden. Hinter Biontech stecken die Milliardärszwillinge Andreas und Thomas Strüngmann. Die Hamburger Firma Evotec wurde schon früh von einem Mitglied des Oetker-Clans mitfinanziert. Bei Curevac in Tübingen wiederum arbeiten sie mit dem Geld von SAP-Gründer Dietmar Hopp: einem Mann, der von Fußballfans seit Jahren als »Hurensohn« bepöbelt³ wird. Nun hoffen dieselben Fans, dass sie bald geimpft werden, damit sie überhaupt mal wieder ins Stadion dürfen.

Was würde passieren, wenn sich Riexinger mit der Forderung nach einer weltweiten Lizenzfreigabe durchsetzte? Ich fürchte, die Sache ginge schlecht aus. Die Linke mag vom Sozialismus träumen. Aber im Kampf gegen das Virus auf eine staatliche Pharmaindustrie von Venezuela zu setzen kommt mir riskant vor. Auch auf den Impfstoff aus Kuba, der derzeit angeblich in Iran getestet wird, sollten wir nicht warten.

Ich sehe es so: Wenn einige reich damit werden, dass bald alle geimpft sind, soll es mir recht sein.

¹ Bewährt : qui a fait ses preuves, à toute épreuve

² Auf der Matte stehen : être à pied d'oeuvre

³ Jemanden bepöbeln : conspuer qq

Épreuve d'admission du concours droit-économie 2021

--

Épreuve orale d'ALLEMAND Sujet n° 4

Vous ferez une analyse de ce texte et la présenterez au jury

Braucht es ein Recht auf Homeoffice?

Deutsche Welle- 9. Oktober 2020

An 24 Tagen im Jahr ins Homeoffice, das will Bundesarbeitsminister Hubertus Heil gesetzlich festschreiben. Es sorgt für Zoff in der Großen Koalition. Die Union kritisiert den Gesetzesentwurf als unvereinbar mit dem Koalitionsvertrag und lehnt ihn entschieden ab. Unterstützung bekommt Heil aus den eigenen Reihen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, bekräftigte am Mittwoch den Vorstoß von Heil mit den Worten: "Das ist, was wir wollen. Das ist unser Angebot an die Union." Die Zerrissenheit der Großen Koalition wirft die Frage auf: Sind die deutsche Gesellschaft, die Politik und die Unternehmen bereit für ein solches Gesetz?

Würde ein Unternehmen seine Mitarbeiter permanent im Homeoffice arbeiten lassen, dann spart es Gebäude- und Betriebskosten. Die Mitarbeiter hingegen sparen Geld und Zeit - insbesondere beim Weg von und zur Arbeit. Eine Win-Win-Situation, würde man denken. Aber so einfach sei das nicht, meint Dr. Oliver Stettes, Arbeitsmarktexperte beim arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln. "Das, was wir jetzt während Corona erlebt haben, ist nicht der Regelfall." In Zukunft würde es eher so aussehen, dass ein Mitarbeiter einen Arbeitsplatz im Unternehmen und einen Arbeitsplatz zuhause haben wird. Das wäre dann auch der Fall im *Mobile-Arbeit-Gesetz* von Hubertus Heil.

Der Arbeitsminister verweist darauf, dass der Arbeitgeber auch künftig die sogenannten Betriebsmittel - also zum Beispiel einen Schreibtisch oder einen Laptop - zur Verfügung stellen muss. Dennoch entwickle sich das Homeoffice rechtlich immer mehr in Richtung Telearbeit, so Stettes. Das bedeute, dass es von der sogenannten Arbeitsstätten-Verordnung des Arbeitsschutzgesetzes betroffen ist. Danach sind die Arbeitsplatzausstattung und die Arbeitsmittel durch den Arbeitgeber zu stellen. "Die Büro-Kostenersparnis, die Sie vielleicht haben, weil Sie 100 Leute auf 80 Arbeitsplätze verteilen, weil die Leute vielleicht immer einen Tag in der Woche von Zuhause aus arbeiten, ist dann ganz schnell wieder eingeholt", so Stettes. Kein Wunder also, dass Heils Vorschlag der Wirtschaft nicht gut ankommt, wenn sie zukünftig womöglich für zwei Arbeitsplätze pro Mitarbeiter bezahlen muss.

Könnte das Homeoffice ein Mittel sein, das zu mehr beruflicher Gleichberechtigung führt? Das jedenfalls will die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung herausgefunden haben. Aus dem Homeoffice zu arbeiten biete vielen Arbeitnehmern die Möglichkeit einer besseren Work-Life-Balance. "Die Frauenerwerbstätigkeit hat ganz gewaltig zugenommen", meint Dr. Elke Ahlers, Leiterin des Referats Qualität der Arbeit.

"Es gibt immer mehr junge Paare mit kleinen Kindern, wo beide Eltern arbeiten und wo Homeoffice eine Möglichkeit ist, dass beide souveräner arbeiten können und sich besser absprechen." Das würde aber nur funktionieren, meint Ahlers, wenn auch die Kinderbetreuung gewährleistet ist. "Die Corona-Zeit hat uns gezeigt, dass diese institutionelle Kinderbetreuung eine ganz wichtige Grundvoraussetzung für das Homeoffice ist. Wenn sie gegeben ist, dann ist das ein Mittel für Frauen und Männer gleichberechtigter am Arbeitsmarkt teilzunehmen und auch gleichberechtigter Einkommen zu erzielen."